

Vorwort zur 2. Auflage

Mitte Juni 2013 sah der frühere Chef der Euro-Gruppe und Ministerpräsident Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, Griechenland »auf einem guten Weg«. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble rühmten mehrfach die »Sparanstrengungen« und »Reformbemühungen« der griechischen Regierung. Angesichts der heutigen sozialen Realität in Griechenland muss man davon ausgehen, dass es sich bei diesen Politikern um Zyniker oder Ignoranten handelt. Denn wenige Tage nach dem Juncker-Statement vermeldete die Presse ein weiteres »Minuswachstum« von 5,2 Prozent für das erste Quartal 2013; laut Monatsberichte der Deutschen Bundesbank schrumpfte die griechische Wirtschaft im Gesamtjahr 2013 wiederum um vier Prozent. 2012 war im Gegensatz zum von der Troika und der griechischen Regierung zur Schau gestellten Optimismus über die angeblichen »Erfolge der Sparpolitik« die Wirtschaftsleistung um sechs Prozent zurückgegangen. Seit drei Jahren verkündet die der Gesundheitsbetriebe verfallene Regierung jeweils einen Aufschwung für das kommende Jahr, nun auch wieder für 2014. Seit Ausbruch der Krise ist die griechische Wirtschaft jedoch um über 25 Prozent geschrumpft. In einem Bericht gab der IWF Anfang Juni 2013 zu, dass es »einen sehr großen Unterschied« gebe zwischen den eigenen Vorhersagen und der eingetretenen Realität. Doch die Politik des Kahlschlags geht unvermindert weiter; die sozialen Folgen verschlimmern sich zusehens. Das hat Angel Gurría, den Generalsekretär der OECD, nicht gehindert, zu prahlen: »Kein Land hat solche Strukturreformen durchgeführt wie Griechenland«. Also: Operation gelungen – Patient tot.

»Wir sind mit Griechenland dadurch solidarisch, dass wir die Athener Haushaltspolitik genauestens überwachen«, verkündete EU-Währungskommissar Joaquín Almunia vor dem ersten „Memorandum“ 2010. (*FAZ*, 4. Febr. 2010) Nicht nur erinnert die Logik dieses Satzes an Orwell, auch die daraus abgeleitete Praxis hat sichtlich verheerende Auswirkungen für das Land. Sogar ein Spekulant wie George Soros schrieb den europäischen Sparmeistern, allen voran der deutschen Kanzlerin, die mit Verweis auf die Plünderungspolitik des Dritten Reiches in Griechenland häufig mit Naziarmbinde gezeigt wird, ins Stammbuch: »Wenn ein Land nur noch spart, sinkt die Nachfrage massiv, und damit brechen die Gewinne der Unternehmen ein. Also kürzen die Firmen die Löhne und Gehälter ihrer Angestellten, die dadurch weniger Geld in der Tasche haben. So sackt die Nachfrage noch weiter ab, und das Wirtschafts-

wachstum bricht ein. John Maynard Keynes, der legendäre Ökonom, hat es ganz verständlich zusammengefasst: Sobald die private Nachfrage schwächelt, muss die Politik dieses Defizit ausgleichen. Nur die Deutschen scheinen ihm nicht zugehört zu haben.« (*Der Spiegel*, Nr. 7/2012)

Die Politik der kleinen Troika (so nannten die Griechen bis zum Ausscheiden der »Demokratischen Linken« ihre Regierung aus den Parteien Nea Dimokratia, PASOK und Dimar) setzte gehorsam die brutalen Austeritäts-Vorgaben der großen Troika (aus EG, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond) in die Tat um. Sie kürzte den Haushalt wie noch kein europäisches Land zuvor, zerschlug den Sozialstaat, stürzte das Volk in Massenarmut und berief sich angesichts des Massenwiderstandes auf Gesetze aus der Zeit der Militärdiktatur, um angekündigte Streiks von Beschäftigten des Öffentlichen Nahverkehrs oder Lehrerinnen und Lehrern zu untersagen. Während hiezulande bei der Forderung nach Mindestlöhnen gerne auf die Tarifautonomie verwiesen wird, hob die Athener Regierung *per ordre de Muf-ti* die geltenden Verträge einfach auf und ordnete drastische Lohnsenkungen an. Die europäische Kommission, die die EU gerne als »Raum des Rechts und der Demokratie« ausgibt, schwieg zustimmend. Binnen weniger Jahre wurden die seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974 von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften erkämpften Löhne und sozialen Absicherungen dem Austeritätsmoloch geopfert. Und die Demokratie weicht mehr und mehr einem autoritären Regime, dessen Repressionsapparat (mit teilweiser Unterstützung der »Stiefelnazis« der »Goldenen Morgenröte«) brutal gegen die Widerstandskaktionen der einfachen Bevölkerung vorgeht. Hinter dem Regierungshandeln verbergen sich letztlich die Interessen der griechischen Reeder- und Bankerbourgeoisie, die für Griechenland die gleiche Bedeutung hat wie in Deutschland die Automobilindustrie; gut zehn Prozent der abhängig Beschäftigten stehen in ihren Diensten. Längst haben die Reeder gleich den russischen Oligarchen einen erheblichen Teil ihres Besitzes außer Landes gebracht. Ihre Vermögen in der Schweiz sollen den gleichen Umfang haben wie die der deutschen Steuerhinterzieher. Ihnen gehört die größte Handelsflotte der Welt; doch unter welcher Flagge sie fahren, entscheiden sie allein nach ihren pekuniären Interessen. Eine ganze Reihe von ihnen findet man auf der Forbes-Liste der 500 reichsten Familien der Welt. Seit der Militärdiktatur sind sie von direkten Steuerzahlungen ausgenommen; dafür machten sie damals den Diktator Papadopoulos zum »Ehrevorsitzenden auf Lebenszeit«. Sie kontrollieren auch die privaten Fernsehstationen und die meisten Presseorgane des Landes. Letztlich ist die gegenwärtige Regierung völlig von ihnen abhängig, so dass sie bislang trotz zahlreicher Mahnungen aus Brüssel eine effektive Besteuerung

der Reichen verhindert hat. Die Behandlung der Lagarde-Liste von Familien mit Vermögen in der Schweiz spricht Bände über das griechische Netzwerk von Korruption und Klientelismus.

Auf der anderen Seite müssen allein in Athen täglich mindestens 50000 Menschen nach Suppenküchen suchen, um überleben zu können. Mindestens ein Viertel der Bevölkerung lebt inzwischen an oder unter der Armutsgrenze. In Athen kann man z.B. rund um die Universität Hunderte von Menschen beobachten, die in aller Öffentlichkeit mit schmutzigem Besteck Drogen konsumieren. Man braucht sich nicht zu wundern, dass die Zahl der AIDS-Infizierten steil nach oben geht. Die Regierung strich die geringen Geldmittel für die Vorsorge bei Infektionskrankheiten zusammen und beauftragte statt dessen die Polizei, Drogenabhängige und Infizierte einzusperren. Zwei Minister der PASOK riefen gar die Bevölkerung zur Denunziation auf, um jene zu verhaften, die in den Augen der Minister »eine gesundheitliche Zeitbombe darstellen«, die »Gesellschaft mit ansteckenden Krankheiten verschmutzen« und »griechischen Familienvätern« (sic) den Tod durch AIDS bringen.

Das Ausmaß von Krise und Verarmung lässt sich nur mit der Zeit der deutschen Besatzung und des anschließenden Bürgerkriegs vergleichen. Aber auch diese Zeiten waren für die Onassis, Niarchos oder Latsis usw. ein ziemlich gutes Geschäft.

Aber – so wird man einwenden – haben »wir« nicht Milliarden an Griechenland bezahlt? Und blutet der *Mater dolorosa* aus der Uckermark angesichts der sozialen Einschnitte, Rentenkürzungen und Entlassungen nicht »schon das Herz«? Dankenswerterweise hat attac Österreich sich die Mühe gemacht und hat einfach mal nachgerechnet, wohin die vielen Milliarden geflossen sind, denen man das Etikett »Rettungspläne« oder »Hilfszahlungen« angeklebt hat. Von den 207 Milliarden an »Hilfen«, die seit Mai 2010 in den vier »Memoranden« vereinbart worden sind (inzwischen sind es 240 Mrd.), wurden 55 Mrd. für die Rückzahlung fällig gewordener Staatsanleihen und elf Mrd. für den Rückkauf alter Schulden verwendet. Mit 58 Mrd. wurde das Eigenkapital griechischer Banken aufgestockt – nachdem es durch Kapitalflucht der Reichen ins Ausland kräftig ausgezehrt worden war. Mit 35 Mrd. wurde den Banken und »Investmentfonds« der Welt der Schuldenschnitt des Jahres 2012 schmackhaft gemacht – nachdem sie vorher angesichts von Zinsen bis 35% einen kräftigen Reibach gemacht hatten. Die Gesamtzahlungen Griechenlands für Zinsen und Tilgung dürften sich für die vergangenen 20 Jahre ohnehin auf über eine Billion Dollar belaufen – das Land wurde von den Gläubigern also kräftig ausgenommen. Seit 1991 soll das Land allein 640 Mrd. Euro an Zinsen bezahlt haben, wovon etwa 75% an ausländische Kreditgeber gingen. Der

Beitritt zum Euro war ja gerade mit der Hoffnung verbunden, bei den Zinsen, die angesichts einer rasch an Wert einbüßenden Drachme häufig bei 20 bis 30 Prozent lagen, kräftig sparen zu können, was bis 2008 ja auch gelang.

Jedenfalls kommt attac Österreich zum Schluss, dass sich mindestens 77 Prozent der Kredite direkt oder indirekt dem Finanzsektor zuordnen lassen. Selbst von den knapp 47 Mrd. Euro, die überhaupt im Staatsbudget auftaucht sind, musste (oder wollte) die Athener Regierung 35 Mrd. als Zinszahlungen an die Besitzer von Staatsanleihen weiterreichen. Dazu kommen noch gut zehn Milliarden für die »Landesverteidigung«, denn »Merkozy« machten im Interesse der deutschen und französischen Rüstungsindustrie mächtig Druck, um zu verhindern, dass Athen Rüstungsaufträge stornierte. In Griechenland stehen mehr Panzer deutscher Fabrikation als hierzulande selbst! Die Griechen müssen also ihre Panzer und U-Boote bezahlen, auch wenn sie dabei vor Hunger krepieren – so sieht die Moral »christlicher« PolitikerInnen aus. Die Programme der Bankenrettung waren und sind also im Wesentlichen Rettungsprogramme für die Reichen und Superreichen, die seit 2007 ihre Einkommen deutlich steigern konnten, während der Großteil der Bevölkerung auf der Strecke bleibt oder sogar in bittere Armut gestoßen wird.

Die offizielle Arbeitslosigkeit (laut www.statistics.gr) lag im September 2013 bei 27,4% und im Oktober bei 27,8%. Bei den 15 bis 24-Jährigen lag sie bei 57,9%; im angeblich »produktivsten Alter« von 25 bis 34 Jahren immer noch bei 37,8%; im Oktober 2013 waren insgesamt 1.387.540 Menschen arbeitslos gemeldet. Von ihnen waren 71% Arbeitslose von »langer Dauer«, also über einem Jahr; 23,3% waren »neue Arbeitslose«, die noch nie in Lohn und Brot standen. Das Wachstum der Arbeitslosigkeit zwischen dem 3. Quartal 2010 und dem 3. Quartal 2013 lag bei 130,1%. Die Zahlen des wissenschaftlichen Instituts der GSEE (Gewerkschaft der Privatangestellten) sind noch höher. Eine genauere Prüfung der offiziellen Zahlen zeigt eine weit alarmierendere Realität des sog. »Arbeitsmarktes«. So ist die Zahl der (zwangsweise) Teilzeitbeschäftigten (die gerne voll arbeiten würden), seit dem dritten Quartal 2010 von 135.100 auf 213.900 im dritten Quartal 2013 angestiegen. Die Zahl der Menschen, die aus Frustration überhaupt nicht mehr nach Arbeit suchen, aber gerne arbeiten würden, hat sich im gleichen Zeitraum von 54.900 auf 96.700 erhöht. Im Privatsektor sind 1.371.450 Menschen beschäftigt, was der Zahl der Arbeitslosen entspricht. Und der Mindestlohn wurde von 751 Euro auf 586 Euro, für die unter 25-Jährigen sogar auf 511 Euro zusammengestrichen.

Diese Situation hilft den Kapitalisten, das »Gesetz des Dschungels« durchzusetzen. So verdienen 20 Prozent der Beschäftigten höchstens 500 Euro im Monat, während es bei 43% bis zu 800 Euro sind – jeweils brutto! Der um die

saisonalen Schwankungen korrigierte Lohnindex (laut der Veröffentlichung des Amtes für Statistik vom 27. Dezember 2013) lag 2008 bei 101,5 und fiel bis Ende 2013 auf 82,1. In zahlreichen Sektoren sind die Löhne um mehr als ein Drittel gefallen, im Öffentlichen Dienst um 30 Prozent. Außerdem wird ein bedeutender Teil der Arbeitskräfte offiziell in »Teilzeit« für vier oder weniger Stunden angestellt, arbeitet aber acht und mehr Stunden unbezahlt. Hinzu kommt, dass viele Menschen über mehrere Monate auf ihren »Scheißlohn« warten (vier Monate haben sozusagen »Tradition«), aber dennoch arbeiten, um ihre Sozialversicherung zu behalten.

Junge Menschen, insbesondere besser Qualifizierte, wandern zu Tausenden ins Ausland ab, weil sie zuhause keinerlei Perspektive sehen. Die schmale Arbeitslosen-Unterstützung wird – wenn überhaupt – höchstens ein Jahr lang bezahlt und liegt zwischen 180 und 468 Euro. In über 40 Prozent der Haushalte gibt es mindestens einen Arbeitslosen.

Gleichzeitig wurden die Steuern massiv erhöht. Die Mehrwertsteuer stieg auf 23%; für den Öffentlichen Dienst wurde eine zusätzliche »Solidaritätssteuer« eingeführt und alle Eigenheimbesitzer (dies sind etwa drei Viertel der Griechen) haben nun (neben drei schon bestehenden Steuern) eine neue Immobiliensteuer zu bezahlen, die mit der Stromrechnung eingezogen wird. Gegenwärtig wird monatlich etwa 30000 Haushalten die Stromversorgung abgeklemmt, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können. Mindestens 300 000 Haushalte haben gegenwärtig keinen Strom. Inzwischen steigt auch die Zahl der Haushalte stark an, denen sogar das Wasser abgestellt wird. (SZ, 25. Juni 2013)

Viele Schulen, Kindergärten – aber auch Privathaushalte – waren diesen Winter ohne Heizung. Wie im Krieg wurden Bäume und Wälder illegal abgeholzt, um nicht frieren zu müssen. In Thessaloniki wurden Verschmutzungswerte der Luft gemessen, die um ein Vielfaches über dem von der EU festgelegten höchstens zulässigen Grenzwert lagen. Das Öl-Embargo des Westens gegen den Iran hat diese Krise weiter verschärft, zumal die chemische Industrie häufig Erdöl als Rohstoff benötigt.

Besonders dramatisch ist die Lage im Gesundheitswesen, das schon immer unter zahlreichen Problemen der Unterversorgung und der Korruption (die berüchtigten »Fakelaki« = Briefchen) litt. Arbeitslose verlieren nach einem Jahr die Krankenversicherung; daher sind mindestens ein Drittel der Bevölkerung ohne diesen Schutz (manche sagen: fast die Hälfte). Die Medikamente muss man selbst bezahlen und kann dann hoffen, irgendwann max. 75% der Kosten zurückerstattet zu bekommen; doch dabei lässt sich der Staat sehr viel Zeit. Außerdem war der Staat sehr erfinderisch im Ausdenken weiterer Selbst-

beteiligungen. Die aus einem Zusammenschluss mehrerer Kassen neugeschaffene Krankenversicherung EOPYY soll mit fast zwei Milliarden Euro bei den Versicherten in der Kreide stehen. Denn der Staat möchte die Vorgaben der Troika erreichen und um jeden Preis im Budget einen »Primärüberschuss« vorweisen können, damit nach Auslaufen der Memoranden Ende 2014 mit den internationalen Institutionen neue Kredite vereinbart werden können. Im vergangenen Jahr haben gut zwei Drittel der Bevölkerung keinen Arzt gesehen, nicht, weil sie so gesund wären, sondern weil sie einfach nicht über die nötigen Mittel für einen Arztbesuch verfügen. Das führt zu unvorstellbaren Zuständen in den Notaufnahmen der Krankenhäuser, deren Personal bis zur Erschöpfung arbeiten muss – und öfters lange auf die (gekürzten) Lohnzahlungen warten kann. Seit Beginn der Krise wurden 35 000 Arbeitsplätze im Gesundheitssektor gestrichen. (SZ, 3. Juli 2013) Laut Encyclopaedia Britannica (Book of the Year) gab es 2007 in Griechenland 47 944 Ärzte, einen auf 229 Einwohner, was etwa der deutschen Ärztedichte entsprach; diese Zahl ist bis 2012 auf 22 462 oder einen auf 502 Einwohner gefallen. Denn die Ausgaben für Gesundheit wurden auf sechs Prozent des (schrumpfenden) BIP gedeckelt, doch so tiefe Krisen machten eigentlich eine deutliche Erhöhung der Ausgaben nötig, weil psychische und psychosomatische Erkrankungen massiv zunehmen. Allein die Ausgaben für Medikamente sind von 4,3 Mrd. Euro auf 2,8 Mrd. Euro zusammengestrichen worden und sollen weiter bis auf zwei Milliarden abgesenkt werden. (*The Lancet*, vol. 383, 22. Febr. 2014) Damit gibt Griechenland weniger für Gesundheit aus als alle Länder, die vor 2004 der EU beigetreten sind. Der frühere Gesundheitsminister Andreas Loverdos meinte zynisch, man habe das »Metzgermesser« angesetzt. Binnen gut einem Jahr wurde sein Stuhl bereits vom dritten Nachfolger, dem aus der rechtsradikalen LAOS-Partei stammenden Antonis Georgiadis eingenommen, der gerade dabei ist, die zur EOPYY gehörenden ambulanten Polikliniken zu schließen, um weitere 8 500 Beschäftigte loszuwerden, damit die Troika ihr Plazet für die Freigabe weiterer Kredittranchen gibt.

Vom früheren isländischen Gesundheitsminister Gudjun Magnusson soll die Frage stammen, was der Unterschied sei zwischen einem Vampir und dem IWF? (Island hatte sich beharrlich geweigert, den Sparvorgaben von IWF und OECD im Sozial- und Gesundheitsbereich nachzukommen. Dafür hat es seine hochstehende Versorgung der Bevölkerung behalten.) Seine bittere Antwort: Der Vampir hört auf, einem das Blut auszusaugen, wenn man tot ist. Dass die Austeritätspolitik Menschen buchstäblich umbringt, lässt sich am griechischen Beispiel leicht belegen. Im Jahr 2009 verlangte die Troika unter Führung des IWF, dass der Gesundheitsetat von 24 auf 16 Mrd. Euro

heruntergekürzt werde. Griechenland dürfe höchstens sechs Prozent des BIP für die Gesundheit ausgeben, während es in Deutschland etwa elf Prozent (USA 18%) sind. Die Folgen: eine um 40 Prozent angestiegene Kindersterblichkeit oder Krebspatienten, die so lange nicht zum Arzt gehen, bis ihnen die Tumore durch die Haut wuchern. Es fehlt an allem, an sauberen Spritzen, Handschuhen und Desinfektionsmitteln. Dabei weiß man seit langem, dass in Krisen aufgrund des physischen und psychischen Stresses die Zahl der Erkrankungen zunimmt. Vor allem Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes, aber auch Krebserkrankungen treten vermehrt auf. Diese durch die Politik von EU und Troika mitverursachte Lage kann man nur als humanitäres Desaster bezeichnen!

Angesichts dieser Situation sind überall in Griechenland Formen der Selbsthilfe und der Selbstorganisation entstanden. Bauern verkaufen ihre Produkte direkt an die Verbraucher, Menschen schließen sich zusammen, um Suppenküchen zu organisieren, es gibt Formen des geldlosen Austausches von Gütern und Dienstleistungen usw. Mit »Solidarity for all« ist auch eine Art Dachorganisation entstanden, die die verschiedenen Initiativen koordinieren und zusammenführen soll. Die Abgeordneten der Linkspartei Syriza spenden 20 Prozent ihrer Diäten, damit diese Koordinierungsstelle und ihre Arbeit bezahlt werden kann. In ihrem Beitrag analysiert die Athener Soziologin *Georgia Bekridaki* die verschiedenen Ansätze und Strömungen der Bewegungen für Selbstorganisation und stellt sie dem deutschsprachigen Publikum vor. Ergänzt wird dieser Artikel durch den Erfahrungsbericht von *Nadja Rakowitz* vom Verband demokratischer Ärztinnen und Ärzte, der sich natürlich vor allem mit dem Gesundheitswesen und den alternativen Praxen befasst. Hinzu kommt ein Interview mit einem der Organisatoren der »Social Clinic« von Elleniko bei Athen, der auch auf die Möglichkeiten und Grenzen dieses Ansatzes eingeht. Dieses von etwa 250 Ärzten, Ärztinnen, Krankenschwestern und anderen HelferInnen betriebene Zentrum, das durch zahlreiche Presse- und Medienberichte (z.B. SZ, 25. Juni 2013) inzwischen auch international bekannt geworden ist, versorgt mittlerweile monatlich unentgeltlich etwa tausend mittellose PatientInnen. Diese Entwicklung hat Schule gemacht; mittlerweile gibt es in Griechenland über 40 solcher selbstverwalteten Ansätze der Gesundheitsversorgung.

Einige Jahre lang konnten Flüchtlinge noch am ehesten über die türkische Grenze nach Griechenland kommen und so in die »Festung Europa eindringen«. An eine Weiterreise war und ist jedoch zumeist nicht zu denken, weil die nationalen Egoisten gerade der reichen EU-Länder eine gerechte Lastenverteilung hintertreiben. Etwa eine Million ImmigrantInnen aus Albanien

oder Bulgarien, sowie Flüchtlinge aus asiatischen oder afrikanischen Ländern »strandeten« in Hellas. Mit der Krise nehmen die Überlebenschancen der Flüchtlinge in Griechenland ab und der Rassismus der Einheimischen zu. Verzweiflung und ohnmächtige Wut einer verarmten und gedemütigten Bevölkerung – das lehrt die historische Erfahrung der 1930er Jahre – können sich auch gegen diejenigen richten, denen es noch dreckiger geht. An der Grenze zur Türkei wurden in den vergangenen Jahren hunderte Menschen einfach umgebracht; nur in den seltensten Fällen wird ein Täter ermittelt.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 2014 bestiegen 28 Flüchtlinge aus Afghanistan im türkischen Izmir ein Schiff, dessen Kapitän sie auf die griechische Insel Farmakonisi bringen sollte. Das Schiff erreichte die griechische Küste, wurde aber von der Küstenwache wieder aufs Meer hinausgeschleppt und womöglich seeuntauglich gemacht. Dabei kamen zwölf Menschen, vor allem Frauen und Kinder, zu Tode. Karl Kopp von der Hilfsorganisation Pro Asyl spricht von einer »Push-Back-Operation«, wobei Flüchtlingsboote einfach wieder aufs Meer zurückgeschoben und dort ihrem Schicksal überlassen werden. (SZ, 13. Febr. 2014) Diese Praxis widerspricht allen von der EU und ihren Mitgliedsländern beschlossenen Menschenrechtskonventionen und ist natürlich rechtswidrig, aber gerade im Mittelmeerraum weit verbreitet. Zehntausende haben dort ihren Versuch, nach Europa zu gelangen, mit dem Leben bezahlt. Zusammen mit den Mitgliedsstaaten baut die EU das Frontex-System auf, das eine Einwanderung übers Mittelmeer praktisch verunmöglichen soll.

Besonders besorgniserregend ist der rasche Aufstieg der neofaschistischen Partei »Goldene Morgenröte« (Chrysi Avgi) von einer 1980 gegründeten Kleinstgruppe zur drittgrößten Partei des Landes. Man kann sie als eine Art Sumpfbüchse der griechischen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise bezeichnen. Ihre Führung tritt bei jeder Gelegenheit mit »Hitlergruß« auf; einige Abgeordnete riefen sogar im Athener Parlament »Heil Hitler!« und ihr Pressesprecher Ilias Kasidiaris, ein früherer Elitesoldat, der die Verminung der griechisch-türkischen Grenze fordert, griff im Wahlkampf 2012 vor laufender Kamera zwei Abgeordnete von Syriza tötlich an.¹ Öffentlich wird der Holocaust in zahlreichen Reden und Schriften geleugnet. Solange die sozialen Verwüstungen, die langjährige Arbeitslosigkeit, die Ruinierung der Mittelklassen und die soziale und politische Krise weitergehen, findet der Faschismus immer Gehör in jenem Teil der Gesellschaft, der für seine vergiftete Botschaft empfänglich

1 Dimitris Psarras, *Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise*. Der Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in Griechenland, Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013, S. 42.

ist. Nachdem nun der Niedergang der Nea Dimokratia begonnen hat und sich sogar Teile der konservativen Mittelklasse von ihr entfernen, müssen wir längerfristig mit einem neuen Anwachsen von Chrysi Avgi rechnen. Dies gälte besonders für den Fall, dass Syriza die nächsten Wahlen gewänne und eine linke Regierung bilden könnte.

Auf das Konto von Chrysi Avgi gehen zahlreiche Verbrechen und Gewalttaten, vor allem gegen MigrantInnen. Sie verfügt auch über gute Verbindungen zu Teilen der Polizei, der sie bisweilen bei der Festnahme von »Illegalen« half. Doch erst der Mord an dem antifaschistischen »griechischen« Sänger und Rapper Pavlos Fyssas am 18. September 2013 brachte die Justiz dazu, ihren bulligen »Führer« Nikos Michaloliakos und andere Abgeordnete von Chrysi Avgi verhaften zu lassen. Insgesamt wurden über dreißig Mitglieder und Funktionäre festgenommen. Sie werden – abgesehen vom Mord an Fyssas – folgender Verbrechen beschuldigt: Bildung einer verbrecherischen Organisation, versuchter Mord, Totschlag, schwere Körperverletzung, Erpressung und Geldwäsche (*Kathimerini*, 28. Sept. 2013 und *SZ*, 30. Sept. 2013). *Paul Michel* beleuchtet die Hintergründe des sich ausbreitenden Rassismus und des Aufstiegs der Neonazis in einem Land, das unter der deutschen Besatzerherrschaft unendlich zu leiden hatte, wie der Beitrag von *Karl Heinz Roth* ausweist.

Nach dem erfolglosen Generalstreik von Anfang November 2012 zur Verhinderung der Verabschiedung des 4. Memorandums durch das Athener Parlament dachten viele, die Bevölkerung sei zu müde für weitere großangelegte Widerstandsaktionen. Ministerpräsident Samaras von der Nea Dimokratia versuchte diese Situation auszunützen, als er zur Erfüllung der Forderung der Troika nach Entlassung von 15 000 Staatsbediensteten die öffentliche Rundfunk- und Fernsehstation ERT einfach schließen ließ, ohne vorher seine »Partner« in der Regierung zu konsultieren. Dadurch sollten auf einen Schlag 2 700 Arbeitsplätze »abgebaut« werden. Unter diesen Bedingungen verließ die »Demokratische Linke« von Fotis Kouvélis das Kabinett. Es drohte eine Regierungskrise und Neuwahlen, die evtl. zu einem Wahlsieg von Syriza hätten führen können – eine Schreckensvision für die Granden der EU und der Troika. Offensichtlich wurde hinter den Kulissen (auch aus Berlin) massiver Druck aufgebaut, damit die PASOK von Evangelos Venizelos in der Regierung verblieb und ihr eine schwache Mehrheit sicherte. Allerdings spricht vieles dafür, dass es in absehbarer Zeit zu Neuwahlen kommen wird, da die Regierungsmehrheit nun auf zwei Stimmen geschrumpft ist.

Die Schließung von ERT führte zu Massenprotesten und Demonstrationen, die von manchen mit der Besetzung des Politechnikums von 1973 und den

unzensurierten freien Radiosendungen von dort verglichen wurden, die ein Jahr später in den Sturz der Militärdiktatur einmündeten. *Panos Petrou* gibt eine Analyse dieses exemplarischen Kampfes der Beschäftigten und der Bewegung, die sich um ihn herum gebildet hat und bis heute weitergeht.

Der Herausgeber bedankt sich bei Georgia Bekridaki, Giorgos Chondros, Pavlos Delkos, Angela Klein, Thanasis Kourkoulas, Fotios Markou, Paul Michel, Elisabet Näher, Panos Petrou und Charles-André Udry für ihre Hilfen und Unterstützung.

München, im März 2014

Paul B. Kleiser